

Protokoll
zur 107. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung (LAWB)

Sitzungstag:	Beginn:	Ende:	Sitzungsort:
7. Juni 2024	9:30 Uhr	12:15 Uhr	Räume 120 – 122 bei der Senatorin für Kinder und Bildung
Teilnehmende:			
s. Anlage 1			

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Jessica Heibült begrüßt die Anwesenden. Prof. Dr. Rabea Diekmann sei heute verhindert und habe sie gebeten, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

Sie heißt zudem Ronja Gartelmann herzlich willkommen, die an der heutigen Sitzung erstmalig als Mitglied teilnehme. Ronja Gartelmann stellt sich kurz vor.

Jessica Heibült informiert, dass Petra Simonowsky im Spätsommer in den Ruhestand gehe und dann aus dem LAWB ausscheide. Sie dankt ihr für ihr Engagement für die Weiterbildung im Land Bremen und wünscht ihr für ihren weiteren Lebensweg alles Gute.

Aufgrund eines Anschlusstermins müsse Dr. Günter Warsewa die Sitzung frühzeitig verlassen. Jessica Heibült schlägt daher vor, TOP 5 vorzuziehen und nach der Abstimmung des Protokolls der letzten Sitzung (TOP 2) aufzurufen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 2 Abstimmung des Protokolls der 106. Sitzung vom 8. März 2024

Dr. Petra Boxler verweist auf das Positionspapier zur Beschäftigungssituation in der Weiterbildung, das dem Protokoll als Anlage beigelegt sei. Sie bittet darum, auf Seite 4 zu ergänzen, dass der Weiterbildungskurs „Lehrkompetenz in der Erwachsenenbildung“ gemeinsam von der Akademie für Weiterbildung an der Universität Bremen, der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH und der Bremer Volkshochschule durchgeführt werde.

Jessica Heibült sagt zu, diese Ergänzung aufzunehmen. Das bereits auf der Homepage der Senatorin für Kinder und Bildung eingestellte Papier werde ebenfalls aktualisiert.

Beschluss:

Das Protokoll der 106. Sitzung des LAWB vom 8. März 2024 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Vorstellung des Projekts „Die Weiterbildungslandschaft im Lande Bremen“ des Instituts Arbeit und Wirtschaft

Prof. Dr. Günter Warsewa stellt das Projekt kurz vor. Er erläutert, dass das Projekt den Fokus auf die Weiterbildungslandschaft als Arbeitsmarkt und Beschäftigungssektor lege. Das Vorhaben werde als Methodenmix aus Sekundäranalysen und qualitativen Befragungen durchgeführt. Bei den qualitativen Befragungen werde es neben einem Informationsgespräch mit Personalverantwortlichen auch Interviews mit sechs ausgewählten Weiterbildungseinrichtungen (vier in Bremen, zwei überregional) geben, auf die man zeitnah zugehen werde. Die Ergebnisse des Projekts könnten dann im LAWB vorgestellt werden.

Jens Tanneberg weist darauf hin, dass der Unterausschuss 3 des LAWB sich bereits mit der Thematik auseinandergesetzt habe. Er erkundigt sich nach dem Mehrwert der weiteren Untersuchungen.

Jessica Heibült erklärt, dass man empirisches Material brauche, um das Thema politisch zu platzieren.

Rosi Leinfelder informiert, dass das PBW mit der FAIR_solution-Software arbeite, die Hinweise gebe, wo Unternehmen im Hinblick auf faire Arbeitsbedingungen, aber auch auf Entgeltgerechtigkeit und Karrierechancen Verbesserungspotentiale hätten.

Dr. Beate Porombka führt aus, dass der Mehrwert eines solchen Projekts erkennbar und für die befragten Weiterbildungseinrichtungen auch der zeitliche Umfang klar definiert sein müsse. Auf die Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildung habe man in den letzten Jahren bereits aus unterschiedlichen Perspektiven geschaut. Die Herausforderungen in der Weiterbildung seien in den letzten Jahren stetig gewachsen, das Personal, um dem zu begegnen, fehle aber.

TOP 4 Berichte der Vorsitzenden und der Unterausschüsse

Tina Brinkmann-Lange berichtet, dass der Unterausschuss 1 „Förderungsausschuss“ sich am 12. April 2024 konstituiert habe und sie zur Vorsitzenden gewählt worden sei. Schwerpunkt der konstituierenden Sitzung sei die Beratung der Arbeitsschwerpunkte für die neue Amtsperiode gewesen. Zudem habe am 21. Mai 2024 eine Sondersitzung stattgefunden, in der über die Verwendung der Mittel, die durch die Rücknahme der Kürzungen im Weiterbildungsbudget in diesem Jahr zusätzlich zur Verfügung stünden, diskutiert worden sei. Dies werde unter TOP 6 noch aufgerufen.

Gudrun Schemel informiert, dass sie im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Unterausschusses 2 für Qualitätssicherung in der Weiterbildung am 19. April 2024 erneut zur Vorsitzenden gewählt worden sei. Der Unterausschuss habe sich in dieser Sitzung mit dem neuen Arbeitsprogramm befasst und zwei Ergänzungen beschlossen: Zusammenhang des WBG mit

dem „Qualitätsleitfaden“ und den „Äquivalenzregelungen“ sowie Controlling/ Qualitätssicherung des Kerngeschäfts. Die nächste Sitzung sei für September geplant.

Hinweis: Zum Qualitätsleitfaden und zu den Äquivalenzregelungen war geplant, am 25. Juli 2024 einen Workshop im Online-Format anzubieten. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Terminfindung wurde davon Abstand genommen. Es wird stattdessen durch die Senatorin für Kinder und Bildung ein Handout mit relevanten Informationen erstellt.

Jessica Heibült führt aus, dass die konstituierende Sitzung des Unterausschusses 3 für Grundsatzfragen und Innovation am 26. April 2024 stattgefunden habe. Sie sei erneut den Vorsitz übernommen. Der Unterausschuss 3 habe sich in der Sitzung mit dem Arbeitsprogramm auseinandergesetzt. In der nächsten Sitzung am 23. August 2024 würden die Beratung der Ergebnisse der Abfrage zur Beschäftigungssituation in der Weiterbildung und eine Überarbeitung des Positionspapiers zur Nachhaltigkeit in der Weiterbildung auf der Agenda stehen.

TOP 5 Anerkennung von Einrichtungen nach dem WBG – hier: Volkshochschule Bremerhaven (Vorlage L 337/24)

Laura Nolte führt kurz in die Vorlage ein.

Dr. Beate Porombka dankt für die Unterstützung im Anerkennungsverfahren. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Zertifizierungslandschaft sich verändere und dadurch teilweise aufwändige Übertragungsaudits notwendig seien. Auch die Auflagen für die Weiterbildungseinrichtungen erhöhten sich insgesamt und führten zu steigendem Zeitaufwand für die Auditierungen.

Jens Tanneberg ergänzt, dass auch die Kosten deutlich gestiegen seien.

Dominic Bergner bestätigt die Aussagen. Er weist zudem darauf hin, dass durch die langen Zertifizierungsverfahren auch die zeitliche Verfügbarkeit der Auditor:innen nicht immer gegeben sei.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt der Senatorin für Kinder und Bildung bei einer Enthaltung, der Volkshochschule Bremerhaven die Anerkennung gem. §§ 4 und 7 WBG für weitere vier Jahre auszusprechen.

TOP 6 Rücknahme der geplanten Kürzung des Weiterbildungsbudgets – Verwendung der Mittel im Jahr 2024 (Vorlage L 338/24)

Ina Mausolf entschuldigt Angela Acerra und stellt in Vertretung den Sachstand vor. Auf Nachfrage ergänzt sie, dass die Aufstockung der Regelförderung nur für dieses Jahr und nur deshalb gelte, weil das Programm „Neue Formate in der Weiterbildung“ in diesem Jahr aufgrund der haushaltslosen Zeit bis Mitte Juni mit weniger Mitteln ausgestattet werde.

Beschluss:

Der Landesausschuss für Weiterbildung empfiehlt die Verteilung der voraussichtlich nicht gekürzten Mittel i. H. v. 160.000 € entsprechend der oben dargestellten Verfahrensweise und stimmt der Verteilung gemäß der beigefügten Anlage für das Haushaltsjahr 2024 zu.

TOP 7 50 Jahre Weiterbildungsgesetz und Bildungszeitgesetz in Bremen

Jessica Heibült führt aus, dass sich eine AG gegründet habe, die sich mit dem Jubiläum der beiden Gesetze auseinandersetze. Neben einem Festakt werde es eine Reihe kostenfrei zugänglicher Veranstaltungen geben, die thematisch in Bezug zu dem Bremischen Weiterbildungsgesetz oder dem Bremischen Bildungszeitgesetz zu sehen seien („50 Weiterbildungshäppchen“). Dazu werde ein Flyer erstellt. Der Festakt finde am 6. November 2024 ab 18:00 Uhr als gemeinsame Veranstaltung der Senatorin für Kinder und Bildung und der Arbeitnehmerkammer Bremen im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer statt. Teil dieser Veranstaltung werde ein Fachvortrag sein, für den derzeit noch ein:e Referent:in gesucht werde. Das Save-the-Date für den Festakt werde zeitnah versendet.

Dr. Beate Porombka ergänzt, dass der Fachvortrag ein entscheidendes Element für einen gelungenen Festakt sei. Um fachlich versierte Redner:innen zu gewinnen, solle daher ein entsprechendes Budget eingeplant werden. Auch müsse gezielt nach einer referierenden Person gesucht werden.

TOP 8 Die Zukunft der Weiterbildung im Land Bremen - Planung einer Veranstaltung mit Gästen für die Sitzung des LAWB am 25. Oktober 2024

Jens Tanneberg schildert einführend, dass die Leitungen der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen in den weiteren Diskurs mit Politik gehen wollten, um auf die Bedeutung der Weiterbildung hinzuweisen. Dazu wolle man im Rahmen der nächsten Sitzung des LAWB im Oktober die bildungspolitischen Sprecher:innen bzw. die Mitglieder der Deputation für Kinder und Bildung einladen.

Dominic Bergner ergänzt, dass man in den letzten Wochen schon den Kontakt zur Politik gesucht habe, z. B. durch das Positionspapier. Die Kürzungen hätten dadurch zwar verhindert werden können, es brauche aber eine Erhöhung des Weiterbildungsbudgets. Dafür sei es wichtig, im regelmäßigen Kontakt mit Politik zu bleiben.

Dr. Beate Porombka weist darauf hin, dass es in vorherigen Amtsperioden bereits den Austausch zwischen dem LAWB und der Politik gegeben habe. Konkret seien z. B. durch den LAWB Wahlprüfsteine im Vorfeld der Bürgerschaftswahl formuliert worden, die dann mit den bildungspolitischen Sprecher:innen diskutiert worden seien. Der LAWB müsse kontinuierlich mit Politik im Gespräch bleiben, um die Position der Weiterbildung insgesamt zu stärken. Zur

Vorbereitung des Austausches mit den bildungspolitischen Sprecher:innen habe sich eine Arbeitsgruppe aus Vertreter:innen der anerkannten Weiterbildungseinrichtungen gebildet. In der Arbeitsgruppe sei auch noch einmal die Frage aufgeworfen worden, ob neben dem LAWB ein Bündnis für Weiterbildung sinnvoll sei. Da dafür aktuell in den Weiterbildungseinrichtungen keine Ressourcen vorhanden seien, hätten sie diese die Frage aber erst einmal nach hinten gestellt.

Ronald Gotthelf spricht sich dafür aus, die Arbeitsgruppe der Einrichtungsleitungen für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des LAWB zu öffnen. Dadurch ergebe sich eine breitere Sicht auf die Weiterbildungslandschaft. Er weist darauf hin, dass der Termin mit den bildungspolitischen Sprecher:innen frühzeitig abgestimmt werden müsse. Aus seiner Sicht es terminlich allerdings unglücklich, dass das geplante Gespräch mit den bildungspolitischen Sprecher:innen so nah vor dem Festakt zum Jubiläum der beiden Gesetze liege.

Es wird vereinbart, dass die Arbeitsgruppe für den LAWB geöffnet werden kann. Interessierte Personen könnten sich dazu bei Rosi Leinfelder melden. Weiterhin einigen sich die Anwesenden, dass zur Sitzung des LAWB am 25. Oktober 2024 die bildungspolitischen Sprecher:innen der Fraktionen sowie die Mitglieder der staatlichen und städtischen Deputation eingeladen werden solle. Die Einladung sollte über den Vorsitz erfolgen.

In der anschließenden Diskussion zu einem möglichen Bündnis für Weiterbildung wird noch einmal deutlich, dass man sich dort breit aufstellen müsse, um etwas zu bewegen. Dafür fehlten die personellen Ressourcen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass es z. B. mit dem VaDiB bereits ein Bündnis gebe und zu prüfen wäre, ob dies nicht erweitert werden könne, bevor man ein weiteres Bündnis ins Leben rufe. Auch berichten einige Vertreter:innen der Weiterbildungseinrichtungen und andere Mitglieder des LAWB, dass sie über das Bundesland hinaus vernetzt seien und hier ihre Kontakte nutzten.

TOP 9 Blitzlicht zur aktuellen Situation in der Weiterbildung

Auf Nachfrage von Dominic Bergner berichten die Einrichtungsleitungen über die Zahl der Teilnehmenden an Bildungszeitveranstaltungen.

Tina Brinkmann-Lange schildert, dass sie häufiger die Erfahrung mache, dass Arbeitgeber:innen der Teilnahme an Bildungszeit kritisch gegenüberstehen würden. Aber auch die Arbeitnehmer:innen verzichteten aus Rücksicht auf ihre Kolleg:innen auf ihren Anspruch auf Bildungszeit.

Ronja Gartelmann weist darauf hin, dass der Anspruch auf Bildungszeit häufig überhaupt nicht bekannt sei.

Jessica Heibült erklärt, Arbeitgeber:innen müssten für das Thema Bildungszeit stärker sensibilisiert werden.

Rosi Leinfelder berichtet, dass zur möglichen Sozialversicherungspflicht von Honorarkräften ein erster Erfahrungsaustausch stattgefunden habe. Dabei sei deutlich geworden, dass viele Stellen mit der Thematik beschäftigt seien, es aber noch keine klare Linie gebe, auch nicht seitens der Deutschen Rentenversicherung. Ein nächster Erfahrungsaustausch solle nach den Sommerferien stattfinden.

Hans-Joachim Kuckero ergänzt, dass die Situation insgesamt brisant sei. Er habe schon von Volkshochschulen gehört, die keine Honorarkräfte mehr beschäftigten, weil das rechtliche Risiko zu groß sei. Man solle sich jetzt in Ruhe mit verschiedenen möglichen Szenarien in Folge des Urteils des Bundessozialgerichts auseinandersetzen. Auch andere Formen der Beschäftigung müssten geprüft werden, z. B. sozialversicherungspflichtige Honorarverträge.

Sven Elson schildert, dass das Urteil für jeden unterschiedliche Folgen habe. Die Bildungslandschaft werde sich dadurch insgesamt verändern.

Dr. Petra Boxler erklärt, dass es belastbare Zahlen und Informationen brauche, um sich besser mit dem Thema auseinandersetzen zu können.

Dominic Bergner berichtet, dass das nächste Treffen der Einrichtungsleitungen für den 15. August 2024 geplant sei. Dort stehe das Thema ebenfalls auf der Agenda und man wolle beraten, ob das Thema in der Oktober-Sitzung mit den Vertreter:innen aus der Politik beraten werden solle.

TOP 10 Bundespolitisches – Blitzlicht aus der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit

Jens Herrmann informiert, die Mittel der Jobcenter seien gesunken, gleichzeitig seien die Aufgaben aber gestiegen. Neben einer gestiegenen Zahl an Bürgergeld-Empfänger:innen müssten die Jobcenter sich auch darum kümmern, die in Deutschland lebenden Ukrainer:innen im Rahmen des sogenannten „Job-Turbos“ schnell in Arbeit zu vermitteln. In einem Schreiben an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und die Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, übten die Personalräte der Jobcenter nun Kritik am „Job-Turbo“. Die Kritik beziehe sich zudem darauf, dass die Qualifikation nicht im Vordergrund stehe, sondern die Vermittlung in Arbeit. Dies führe häufig dazu, dass man die Geflüchteten nur in Helferjobs vermitteln könne und damit nicht dem Fachkräftemangel entgegentrete. Jens Herrmann berichtet weiter, dass in der nächsten Woche in der Ständigen Vertretung in Berlin ein Fachtag zur Transformation in der Stahlindustrie stattfinde. Der Förderbescheid für die Stahlwerke Bremen liege vor, um die Umstellung auf klimaneutral produzierten Stahl realisieren zu können.

TOP 11 Verschiedenes

Jens Tanneberg informiert über eine Online-Veranstaltung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Arbeit und Leben Bremen durchführe.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht, die Sitzung wird um 12:15 Uhr geschlossen.

Bremen, den 28. Juni 2024

gez.

Jessica Heibült

(stv. Vorsitz des LAWB)

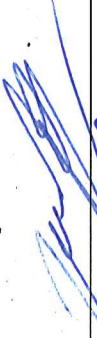
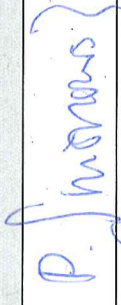
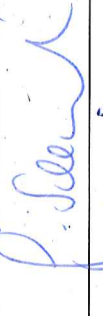
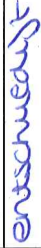
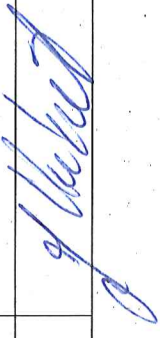
gez.

Carmen Simon

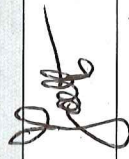
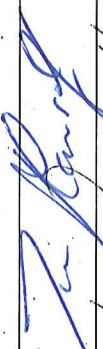
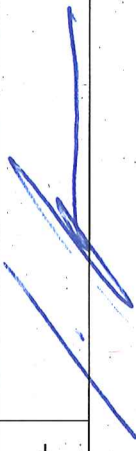
(Protokollantin)

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anwesenheitsliste für die 107. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 07.06.2024

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	Stellvertretung	Unterschrift
	§ 9 (3) 1	Anerkannte WB-Einrichtungen			
1.		Jens Tanneberg (Bildungsvereinigung Arbeit und Leben e.V. Bremen [DGB/VHS])		Petra Simonowsky (Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.)	
2.		Tina Brinkmann-Lange (Bildungswerk des Sports im Lande Bremen)		Gudrun Schemel (ibs – Institut für Berufs- und Sozialpädagogik gGmbH)	
3.		Rosi Leinfelder (Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen e.V.)		Dominic Bergner (Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH)	
4.		Silja von der Pütten (Berufsbildungswerk – Gemeinnützige Einrichtung des DGB GmbH)		Sven Elson (Deutsche Angestellten-Akademie Bremen GmbH)	
5.		Ralf Perplies (Bremer Volkshochschule)	entschuldigt	N.N.	
	§ 9 (3) 2	Hochschulen			
6.		Prof. Andreas Klee (Universität Bremen)		Dr. Petra Boxler (Universität Bremen)	
7.		Dr. Katja Martin (Hochschule Bremen)		Prof. Mechthild Karkow (Hochschule für Künste)	
8.		Prof. Dr. Rabea Diekmann (Hochschule Bremerhaven)	entschuldigt	Prof. Mechthild Karkow (Hochschule für Künste)	
	§ 9 (3) 3	Schulen			
9.		Tobias Weigelt (Die Senatorin für Kinder und Bildung)		Till Bellmann-Nitz (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	
10.		Arnd Höljes (Magistrat der Stadt Bremerhaven)		Maren Schönwälder (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	
	§ 9 (3) 4	Betriebliche Weiterbildung			
11.		Claudia Schlebrügge (Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven)		N.N.	
12.		Ronja Gartelmann (Airbus)		Jessica Heibült (Arbeitnehmerkammer Bremen)	

Anwesenheitsliste für die 107. Sitzung des Landesausschusses für Weiterbildung am 07.06.2024

Nr.	WBG	Mitglied	Unterschrift	Stellvertretung	Unterschrift
	§ 9 (3) 5	Nicht anerkannte WB-Einrichtungen			
13.		Marita Ronge (Förderungsgesellschaft für Bildung mbH)		Jan Meyer (IT Bildungshaus)	
14.		Ronald Gotthelf (Freiberufl. Trainer im Bereich der politischen Erwachsenenbildung)		Hans-Joachim Kuckero (Mitglied Kursleitendenrat Bremer VHS)	
	§ 9 (3) 6	Ressorts			
15.		Jan-Hendrik Pelzer (Der Senator für Finanzen)	entschuldigt	Volker Hohenkamp (Der Senator für Finanzen)	entschuldigt
16.		Torsten Fink (Der Senator für Kultur)	entschuldigt	Fred Oehlkers (Die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation)	entschuldigt
17.		Dr. Jessica Blings (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration)	entschuldigt	Christiane Schrader (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration)	entschuldigt
18.		Ina Mausolf (Die Senatorin für Kinder und Bildung)		Angela Acerra (Die Senatorin für Kinder und Bildung)	entschuldigt
19.		Dr. Beate Porombka (Magistrat der Stadt Bremerhaven)		Kay Kurkowski (Magistrat der Stadt Bremerhaven)	
	§ 9 (3) 7	Agentur für Arbeit			
20.		Jens Herrmann (Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit)		Gerrit Wolske (Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit)	

Weitere Teilnehmer:innen

Name und Institution	Unterschrift
Philipp Leiser, SKB	Ph. Leiser
Laura Volk, SKB	L. Volk
Inke Godegast, SKB	Inke Godegast
Souja Spede, Ev. Bildungswerk - Servicestelle GB	S. Spede
Gisela Walsdorf, Uni Bremen	G. Walsdorf
Andreas Fiebert, Uni Bremen	A. Fiebert
Martin Korol, Partei - Bündnis Deutsche Land	M. Korol
Gerrit Sinnor, SKB	G. Sinnor